



Dreharbeiten in der KZV:
Die neue Patientenberatung wird vorgestellt



Der Kammervorstand im Abstimmungsgeschehen der Kammerversammlung

LEITARTIKEL

Es geht voran – in
Richtung staatliches
Gesundheitsystem

AUS DEM INHALT

Kammerversammlung ohne WM
Röhrender Hirsch im Porsche
Kammerwahl 2006

HEFTTHEMEN IN KÜRZE

Das Ringen um die nächste Gesundheitsreform setzte sich auch im Sommer fort. Kammerpräsident und KZV-Vorsitzender geben ab Seite 3 ihre Sicht der Diskussion wider.

In einer Fußball-WM-Auszeit tagte die Kammerversammlung und diskutierte unter anderem über die aktuelle Gesundheitspolitik. Mehr zu diesem Thema ab Seite 4.

Der Praxisevaluationsausschuss der Kammer arbeitet eher im Verborgenen. HZB-Autor Dr. Winfried Zink erläutert die Arbeit des Ausschusses in diesem Blatt in aller Offenheit – ab Seite 11.

Die amtliche Information über die Wahl zur Delegiertenversammlung der Kammer finden Sie auf der Seite 18. Es darf gewählt werden.

Ein ganz anderes Thema: Das Anzeigenaufkommen des HZB ist seit Jahren rückläufig. Bisher konnten Forderungen von Anzeigenkunden zu sonst üblichen Koppelgeschäften weitgehend verhindert werden. Das HZB geht mit diesem Thema jetzt offensiv um und bringt in der neuen Rubrik "Mitteilungen des Verlages" ausgesuchte Firmenveröffentlichungen.

NACHRICHTEN

- 3 Der Berg hat gekreißt und ein Mäuslein geboren
- 4 Kammerversammlung diskutierte
- 11 Praxisbörse: Röhrender Hirsch im Porsche
- 13 KZV stellte neues Patientenberatungsangebot vor
- 14 Patientenberatung der KZV im Fernsehen
- 15 Prof. Dr. Dr. Kai-Olaf Henkel:
Von Rostock nach Hamburg
- 16 Probleme bei Aufrechnung mit Kosten
- 16 Neues aus der Rechtsprechung:
- 17 Kinderbehandlung auf dem Prüfstand
- 28 Fortbildung der Zahnärztekammer Hamburg für
Zahnärzte und Mitarbeiterinnen

MITTEILUNGEN DER KAMMER

- 18 Wahlausschreibung
- 19 Bezirksgruppen
- 20 Mit 93 Jahren verstorben: Ernst Winkler
- 20 Ungültige Ausweise

MITTEILUNGEN DER KZV HAMBURG

- 21 Abgabetermine
- 21 Ausschreibungen
- 21 Weitere Informationen
- 21 Sitzungstermine/Zulassungsausschuss
- 21 Zahlungstermine
- 21 Zulassungen als Vertragszahnärzte
- 22 Aus dem Disziplinarwesen
- 23 **Persönliches**
- 24 **Kleinanzeigen**

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

- 26 pluradent präsentiert Zeiss-Mikroskope und
-Lupenbrillen auf der NordDental
- 27 Nano-Füllungsmaterialien zeigen Qualität im
Einsatz

IMPRESSUM

Herausgeber: Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, Tel.: 73 34 05-0, Fax: 73 34 05-75, E-Mail: info@zaek-hh.de, und Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg, Tel.: 361 47-0, Fax: 36 44 70, E-Mail: info@kzv-hamburg.de

Verlag und Anzeigen: Pharmazeutischer Verlag Dr. Horst Benad, Zinnkrautweg 24, 22395 Hamburg, Tel.: 60 04 86-11, Fax: 60 04 86-86

Druck: Dierk Heigener Druckerzeugnisse GmbH, Theodorstraße 41 n, 22761 Hamburg, Tel.: 89 10 89

Redaktion: Gerd Eisentraut, Tel.: 73 34 05-17, Fax: 73 34 05 99 17, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg, E-Mail: gerd.eisentraut@zaek-hh.de

Redaktions-Sekretariat: Regina Kerpen, Tel.: 73 34 05-18, E-Mail: regina.kerpen@zaek-hh.de

Einsendungen von Zuschriften und Anfragen bitte nur an die Redaktion. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für den Inhalt der amtlichen Mitteilungen der Körperschaften und solcher Artikel, deren Verfasser namentlich genannt sind. Für unaufgefordert eingesandte Zuschriften oder Fotos wird keine Garantie oder Rücksendung gewährt. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist grundsätzlich verboten, für offizielle Mitteilungsblätter anderer zahnärztlicher Landes- oder Bundesorganisationen unter voller Quellenangabe erlaubt.

Für Hamburger Zahnärzte ist der Bezugspreis des Hamburger Zahnärzteblattes mit dem Mitgliedsbeitrag für die beiden Körperschaften abgegolten.

ES GEHT VORAN – IN RICHTUNG STAATLICHES GESUNDHEITSSYSTEM

Seit Wochen verfolgen wir das Verwirrspiel um die „große“ Gesundheitsreform. Versuchsballons werden in die Presse lanciert und prompt dementiert. Forderungen von allen Seiten aufgestellt, und auch bald wieder abgeschmettert. Und das alles begleitet von der Drohung, es erwarteten uns noch ein paar richtig revolutionäre Reformideen!

Was die Eckpunkte jetzt aber zeigen, ist einfach nur schrecklich. Jede Partei will sich verwirklicht sehen und gönnt es der anderen nicht, sich zu verwirklichen. Alle schielen schon auf die nächste Legislaturperiode, wenn sie (oder die) wieder allein regieren können. Dann nämlich wollen sie ihr eigenes System (Sie erinnern sich noch schwach: Prämie oder Bürgerversicherung) durchsetzen. Und bis dahin darf nichts festgeklopft werden, was das verhindern könnte. Die Große Koalition blockiert sich gegenseitig und erweist sich somit als völlig handlungsunfähig.

Nur der Weg in die Staatseinheitsmedizin wird konsequent fortgesetzt.

Der vor Wochen schon in die Diskussion eingebrachte Gesundheitsfonds ist ein bürokratisches Monstrum, das nicht einen einzigen Cent mehr in die Kassen der Kassen bringt. Nicht einmal Einsparungen durch höhere Effizienz sind von ihm zu erwarten. Im Gegenteil wird eine riesige Regulierungsbehörde gebraucht werden, um die Beiträge einzuziehen und wieder zu verteilen.

Dafür aber führt diese einheitliche Beitragssammelstelle direkt zur Einheitskasse. Nicht nur, dass jetzt eine zentrale Stelle alle Beiträge sammeln und verwalten soll, die Kassen bekommen auch alle einen einheitlichen Betrag pro Versicherten zugewiesen. Wie eine allseits gleiche Pauschale gut sein soll für den Wettbewerb, ist nicht ganz leicht zu verstehen. Der Weg in die Einheitskasse ist vorgezeichnet.

Und damit das alles so funktionieren kann, sollen wir auch eine einheitliche Gebührenordnung bekommen. Die GOZ soll in Leistungsumfang und Gebühren dem BEMA angeglichen werden. O-Text Eckpunkte: „Ziel muss es ... sein, für vergleichbare Leistungen in GKV und PKV ein Leistungsverzeichnis zu schaffen, das inhaltsgleich auch Grundlage der privatärztlichen Gebührenordnung ist.“ Was das bedeutet, ist klar: Standardleistungen zu Standardtarifen.

Schließlich der Einstieg in die Steuerfinanzierung des Gesundheitswesens. Hier geht es gleich mehrfach in die falsche Richtung.

Steuerfinanzierung brauchen wir für gesellschaftliche Aufgaben. Besonders die Abflüsse zugunsten der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, die seit Jahren unser Gesundheitssystem mit Milliardenbeträgen belasten, wären in der Steuerfinanzierung besser aufgehoben. Die Vorstellung aber, tatsächlich Leistungen über Steuern zu finanzieren, ist erschreckend. Erstens, weil das ein weiterer Schritt hin zu einem staatlichen Gesundheitssystem, ist und zweitens, weil eine Steuerfinanzierung immer eine Finanzierung nach Kassenlage ist. Ob wir die Gesundheit unserer Kinder wirklich von der Finanzlage des Bundes abhängig machen sollten ...?

Außerdem wird gerade die Mehrwertsteuer auch auf Medikamente erhöht, und die Tabaksteuer wird dem Gesundheitswesen wieder entzogen. Die Abflüsse ins Steuersystem sind wesentlich größer als die für 2007 und 2008 versprochenen Einnahmen. Das sieht also eher nach einem Ausstieg aus der Steuerfinanzierung aus als nach einem Einstieg. Und nach Orientierungslosigkeit, zumal die Finanzierung der versprochenen Milliarden für die Krankenversicherung der Kinder noch völlig ungeklärt ist.

Natürlich kann man anführen, dass die Eckpunkte vorsehen, der Gesundheitsfonds werde an die einzelnen Kassen „neben einer Grundpauschale eine alters- und risikoadjustierten Zuschlag“ (O-Text) zahlen. Der Risikostrukturausgleich



Dr./RO Eric Banthien,
KZV-Vorstands-
vorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Sprekels,
Kammerpräsident

wird also verlagert, und eine gewisse Individualität der Kassen bleibt erhalten. Zumal diese, wenn sie mit den Zuweisungen nicht auskommen, noch einen „prozentualen oder pauschalen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern erheben“ (O-Text) dürfen. Aber gerade das könnte auf lange Sicht zu weniger Wettbewerb führen, da einige Kassen, die viele schlechte Risiken versichern, einen dramatischen Mitgliederschwund erleiden könnten. Und die Beiträge selbst sollen gesetzlich fixiert werden. Es riecht also trotzdem nach Einheitskasse.

Natürlich kann man auch anführen, dass die Eckpunkte feststellen, „die privaten Krankenversicherungen (müssten) auch zukünftig als Vollversicherer im Markt bleiben“ (O-Text). Aber wie viel Kreide da gerade gefressen wurde, kann man nicht wissen. Und auf jeden Fall sollen auch die PKVen einen Basistarif anbieten mit dem Leistungsumfang der GKV und Kontrahierungszwang. Hier schliesst sich der Kreis mit der Einheitsgebührenordnung, denn die soll ja dann wohl für diesen Basistarif gelten.

Die ist gleichzeitig der einzige schwache Lichtblick. Denn wenn der Leistungsumfang der GOZ an den BEMA angeglichen wird, werden viele Leistungen ganz außerhalb jeder Gebührenordnung stehen. Trotzdem kann es nicht verboten sein, sie zu erbringen. Und es kann auch nicht verboten werden, sie zu versichern. Hier eröffnet sich ein freier Markt, der (hoffentlich) von Regulierungen verschont tatsächlich die freie Vereinbarung mit dem Patienten ermöglicht.

Gegen die andern Zumutungen müssen wir uns aber nach Kräften wehren. Und dazu wollen wir unseren Politikern klarmachen, was sie da eigentlich verabschieden sollen.

Mit freundlichen, kollegialen Grüßen

Prof. Dr. Wolfgang Sprekels
Präsident der Zahnärztekammer Hamburg

Dr./RO Eric Banthien
Vorstandsvorsitzender der KZV Hamburg

KAMMERVERSAMMLUNG DISKUTIERT AN EINEM SPIELFREIEN WM-ABEND DIE BERLINER REFORMBEMÜHUNGEN UND MEHR

Konzentration auf die Normalität abseits der laufenden Fußball-WM verlangte die Kammerversammlung der Zahnärztekammer Hamburg am 29. Juni den Delegierten ab. So wurden die zu dem Zeitpunkt noch nicht exakt vorliegenden, aber absehbaren Vorstellungen der Berliner Gesundheitspolitik ausführlich diskutiert wie auch die notwendigen Beschlüsse zu den Jahresabschlüssen gefasst. Die heftige Schwüle konnte aber die Entscheidungsfreudigkeit nicht hemmen.

Kammerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Sprekels ging in seinem Bericht zuerst auf das im Dezember 2005 in Kraft getretene Kammergesetz für die Heilberufe ein. Das Gesetz betreffe alle akademischen Heilberufe. Die Kammer habe aber erreichen können, dass die Besonderheiten des zahnärztlichen Berufsstandes berücksichtigt wurden. Es werde also nicht über einen Kamm geschoren. Die Kammer habe sich auch bei weiteren Punkten, die für die Zahnärzte von

Belang seien, einbringen können. Viele Anregungen seien von der Behörde übernommen worden. Insgesamt biete das Gesetz eine gute Grundlage für das Handeln der Kammer. Er danke insbesondere der Aufsichtsbehörde, die sehr konstruktiv mit der Kammer zusammengearbeitet habe.

Der Präsident stieg dann in die Bundespolitik ein. Zur geplanten Gesundheitsreform sagte er, dass es fast jeden Tag neue Vorschläge gebe. Die

Arbeitsgruppe der Koalition schweige beharrlich. Nach der Wahl sei es zunächst um Finanzierungsgrundlagen – Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie – gegangen. Nunmehr spreche man über angebliche versteckte Reserven und kündige neue Belastungen bei den Leistungserbringern an. Die CDU erscheine konzeptionslos und erwecke den Eindruck, sich von ihrem Wahlprogramm und den eigenen Grundsatzpapieren verabschiedet zu haben. ■

Anzeige

Fakt sei, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung in den letzten 25 Jahren um sieben Jahre gestiegen sei. Dies bedeute, dass in Bund, Ländern, Kommunen und Gemeinden sieben Jahre länger Renten und Pensionen gezahlt werden. Das Geld sei aber nicht da. Weiter hätten die Menschen im höheren Alter mehr Krankheiten degenerativer Art, für deren Behandlung das Geld ebenfalls fehle.

Es gebe Prognosen, nach denen die Gesundheitssysteme in 2020 insolvent werden müssten. Man benötige zwischen 16 und 21 Prozent

Der Präsident ging dann auf den geplanten Gesundheitsfonds ein, der aus Beiträgen und Steuermitteln finanziert werde. „Ein Fonds verändert aber lediglich die Finanzströme im Gesundheitswesen“, erklärte er. Das Einnahmeproblem der GKV werde damit nicht gelöst. Stattdessen werde der Beitragseinzug und die Verteilung komplizierter und teurer. Zudem sei das Fondsmodell ein weiterer Baustein der Nivellierung der Kassenvielfalt, der Einbeziehung der GKV und der Angleichung der Gebührenordnungen. Es sei damit zugleich ein Schritt in Richtung mehr Staat, was der Ideologie von Frau Ministerin Schmidt entspreche.

Die neue RKI-Richtlinie sei ein Thema, das alle Zahnärzte in ihren Praxen beschäftige, führte Prof. Sprekels weiter aus. Die Kammer habe mit der Behörde einen guten Weg gefunden, wie die Praxen begangen werden sollten. Erfreulicherweise seien die Rückmeldungen überwiegend positiv. In anderen Ländern sehe das anders aus. Die Seminare von Vorstandsmitglied Konstantin von Lafert und Kammermitarbeiterin Gunda Oechtering seien alle restlos ausgebucht gewesen. Nach den Ferien würden weitere Termine angeboten. Den fleißigen Referenten sagte er Dank.

Es habe eine neue Entwicklung gegeben, dass auf der letzten Sitzung der Referenten für Berufsausübung bei der Bundeszahnärztekammer ein Wissenschaftler aus Sachsen erklärt habe, dass auch die neuen Sterilisatoren die in der Richtlinie geforderten Ergebnisse gar nicht erreichen könnten. In diesem Zusammenhang dankte er Dr. Jürgen Holtz. Dieser habe sich bereit erklärt, für die Kollegen, die neue Sterilisatoren anschaffen müssten, eine Sammelbestellung mit erheblichen Preisvorteilen zu organisieren.

Der Präsident berichtet dann über ein Gespräch von Kammer und KZV mit Zahnärzten mit Tätigkeitsschwerpunkt Kinderzahnheilkunde. Es sei darum gegangen, den Kolleginnen und Kollegen deutlich zu machen, dass sie als Vertragszahnärzte auch einer Behandlungspflicht zu Kassensätzen unterliegen und es nicht zu übertriebenen Behandlungen im Milchzahngewebiss kommen müsse.

Die zahlreichen Aktivitäten von Vorstandsmitglied Dr. Thomas Einfeldt stellte Prof. Sprekels heraus. Dr. Einfeldt habe den Kontakt zu den Geburtsstationen in den Krankenhäusern

Weiter auf Seite 9



Der Kammervorstand bei einer Abstimmung in der Sitzung der Kammerversammlung

Im zweiten Punkt ging er auf das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄG) ein. Das VÄG werde nach seinen Ausführungen die Berufsausübung mehr als alle Reformen der letzten Jahre massiv ändern. Damit sei es kein alleiniges KZV-Thema mehr, da Änderungen der Berufsausübung alle Institutionen betreffen. Das Gesetz könne dazu führen, große Versorgungseinheiten oder auch Kettenpraxen entstehen zu lassen, was ja von der Politik gerade gewünscht werde.

Dann ging der Präsident auf die Politik rund um die GOZ ein. Er berichtete, dass die Bundeszahnärztekammer, die über Jahre mit den wissenschaftlichen Gesellschaften erarbeitete Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahnheilkunde veröffentlicht habe. Diese Beschreibung des „state of the art“ stehe allerdings dem Wunsch des BMG, die neue GOZ dem BEMA anzugleichen, diametral entgegen. Die Verhandlungspositionen der BZÄK sei schwierig, da das BMG sie einbeziehen könne, aber nicht müsse.

des Bruttoinlandsproduktes, um bei gleichbleibenden Leistungskatalogen die absehbaren Kosten finanzieren zu können. Angesichts dieser Fakten sei er verwundert, wenn etwa der neue SPD-Vorsitzende Beck den Leistungskatalog der GKV als nicht antastbar erkläre.

Prof. Sprekels weiter: „Ärzte und Zahnärzte stehen am Ende einer Kette von Rücksichtnahmen auf Wahlen, Nicht-Wissen oder auch Nicht-Wissen-Wollen und von Ideologien. Ärzte und Zahnärzte müssen die Summe der Fehler ausbaden. Wer Gesundheit schafft, wird dafür beschimpft und als Beitragsverschwenker an den Pranger gestellt.“

Anzeige

Anzeige

sowie den Hebammen aufgenommen und dort die zahnärztlichen Standpunkte vorgetragen. Insbesondere habe er für die Verbreitung der Kinderzahnpläne geworben. Nun suche er das Gespräch mit den Gynäkologen und wolle sich dann auch noch mit den Kinderärzten zusammensetzen.

Der Präsident verwies weiter auf den 1. Hamburger Zahnärztetag am 27.01.2007 im Dorint Hotel am Alten Wall. Parallel zu den Zahnärzten würden auch zahnärztliche Mitarbeiterinnen tagen. Abends – und damit nicht mehr an einem Freitag – finde der traditionelle Zahnärzteball statt. Das Thema des Zahnärztetages laute „Mehr Erfolg durch Planungssicherheit“. Es seien renommierte Referenten aus allen Bereichen der Zahnheilkunde gewonnen worden.

Zum Schluss ging Prof. Sprekels noch auf die politischen Aktivitäten in Hamburg ein. Der Runde Tisch habe eine Postkartenaktion an die Bürgerschaftsabgeordneten auf den Weg gebracht, die zu erheblicher Verunsicherung bei den Abgeordneten geführt habe. Er habe persönlich mehrere Rückmeldungen erhalten, aus denen sich die Betroffenheit ergeben habe. Diese Aktion solle nur der erste Schritt sein. In einer Sitzung mit den Obleuten sei der zweite Schritt abgestimmt worden.

In der anschließenden Diskussion ging Vorstandsmitglied Konstantin von Laffert intensiver auf die angekündigte Veröffentlichung zur Leistungsfähigkeit der Sterilisatoren ein. In einer

Doktorarbeit solle nachgewiesen werden, dass die alten Klasse-N-Sterilisatoren bereits alle Anforderungen erfüllen könnten. Die Studien, nach denen nur die neue Klasse-B-Sterilisatoren die geforderten Leistungen erbringen könnten, wären danach unzutreffend.

Dr. Helmut Pfeffer führte auf Nachfrage zur wirtschaftlichen Situation der Hamburger Praxen aus, dass die Kammer versucht habe, Daten zu der wirtschaftlichen Situation der Hamburger Praxen zu ermitteln. Es sei immer wieder vorgetragen worden, dass die Durchschnittsdaten aus dem Bund aus dem statistischen Jahrbuch der KZBV für Hamburg nicht zuträfen. Die Kammer habe versucht, über DATEV regionale Zahlen für Hamburg zu bekommen. Leider beteiligten sich zu wenige Hamburger Zahnärzte an dieser Auswertung, sodass sie nicht repräsentativ sei. Die Kammer habe daher die Zahlen nicht veröffentlichten können. Tendenziell zeichne sich ab, dass die wirtschaftliche Situation wohl etwas schlechter als im Bundesdurchschnitt sei. Zugleich sei eine Polarisierung zwischen Praxen, den es zunehmend schlechter, und solchen, denen es etwas besser gehe, festzustellen. Die Zahl der Insolvenzen sei noch relativ gering.

JAHRESABSCHLÜSSE 2005

a) Zahnärztekammer

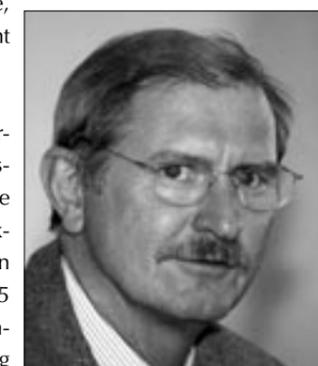
Vizepräsident Dr. Helmut Pfeffer führte einleitend aus, dass der Jahresabschluss 2005 mit einem positiven Ergebnis von knapp 6.000,00 € ende.

Das Jahr schließe mit Aufwendungen und Erträgen von 2.662.129,07 €. Den größten Anteil mit 1,8 Mio. € machten wiederum die Kammerbeiträge aus, wobei dieser Betrag, anders als in den Vorjahren, nicht weiter ansteige, sondern eher leicht rückläufig sei.

Dass das Ergebnis positiv ausgefallen sei, liege an mehreren Faktoren: Zum einen hätten in 2005 die von der Kammerversammlung beschlossenen Maßnahmen gewirkt. Auch hätten die weiteren Sparmaßnahmen von Vorstand und Verwaltung gegriffen. Entwarnung für künftige Haushalte sei aber damit nicht gegeben. Man bewege sich weiter auf dünnem Eis. Auf Sicht müsse man daher auch über eine mögliche Anpassung der Beiträge nachdenken.



Prof. Dr. Wolfgang Sprekels leitete die Kammerversammlung



Dr. Helmut Pfeffer, Vizepräsident des Kammervorstandes erläuterte die Jahresabschlüsse



Vorstandsmitglied Konstantin von Laffert informierte über die Umsetzung der Hygienerichtlinie



Anzeige

Dr. Henning Baumbach dankte als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Dr. Pfeffer und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es zeige sich bei jeder einzelnen Position, dass die Verwaltung mit Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und Kreativität mit den begrenzten Mitteln umgegangen sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss bringe der



Dr. Thomas Lindemann, Vorsitzender der KZV-Vertreterversammlung



Dr. Henning Baumbach, Vorsitzender der Rechnungsprüfungsausschusses, erläuterte die Prüfung der Jahresabschlüsse

Verwaltung daher vollstes Vertrauen entgegen. Es habe sich gezeigt, dass bei jeder Position etwas eingespart worden sei. Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses sehe er keine weiteren Punkte zum Einsparen. Auch von den Mitgliedern der Kammerversammlung seien keine weiteren Vorschläge zum Einsparen gekommen. Insgesamt habe sich daher gezeigt, dass es sich um ein wohl strukturiertes Feld handle und die Mittel extrem knapp kalkuliert und eingesetzt würden.

Dr. Baumbach stellte sodann die Anträge zum Jahresabschluss zur Abstimmung. Die Kammerversammlung stimmte den Anträgen einstimmig zu und erteilte die Entlastungen.

b) Versorgungswerk

Dr. Pfeffer stellte der Kammerversammlung die Eckdaten des Jahresabschlusses des Versorgungswerkes

für das Geschäftsjahr 2005 vor. Die Einnahmen stiegen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um rund 2,8 Mio. € von 34,7 Mio. € auf 37,5 Mio. €. Aufgrund des guten Jahresergebnisses konnten die Ausschüttungen aus den Fonds erhöht werden. Die erhöhte Ausschüttung ist auch ursächlich für die Gesamtsteigerung der Einnahmenseite. Bei den Versorgungsbeiträgen zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Reduzierungsanträge ab.

Die Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr von 16,5 Mio. € auf 16,8 Mio. €. Ursächlich für den Ausgabenanstieg sind im Wesentlichen die kontinuierlich anwachsenden Rentenzahlungen. Insbesondere wurden in letzter Zeit vermehrt Anträge auf vorgezogene Altersrente festgestellt. Nach dem Ergebnis einer vom Versorgungswerk in Auftrag gegebenen Asset-Liability-Studie werden in etwa im Jahr 2010 die Rentenzahlungen genauso groß sein wie die Beitragseinnahmen. Das Volumenwachstum des Versorgungswerkes komme dann nur noch über die Kapitalerträge zustande.

Das Jahresergebnis steigt gegenüber dem Vorjahr von 18,1 Mio. € auf 20,6 Mio. € (+2,5 Mio. €). Im Wesentlichen wurde die Erhöhung durch die höheren Fondsausschüttungen verursacht. Das Gesamtvermögen erreicht damit per 31.12.2005 ein Volumen von rund 407,0 Mio. €. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 765.000,00 € (Vorjahr: 767.000,00 €) für Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Reisekosten, Beratungskosten und dergleichen. Bezogen auf das Gesamtvermögen ergibt sich ein Wert von 0,183 Prozent an Verwaltungskosten.

Dr. Baumbach als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses bedankte sich bei dem Versorgungs-

ausschuss und der Verwaltung für die geleistete Arbeit, die guten Ergebnisse und die sparsame Verwaltungsführung und stellte die Beschlüsse über das Versorgungswerk zur Abstimmung, die einstimmig ausgingen.

Die Kammerversammlung setzte sich danach noch mit zwei Nachwahlen im Versorgungsausschuss auseinander. Dr. Andreas Finzel und Dr. Gunter Iben gehören nach den einstimmigen Wahlen diesem Ausschuss für die Amtszeit vom 01.07.2006 bis 30.06.2011 an. Auch die Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung Oralchirurgie mit der Möglichkeit, die Weiterbildung in besonders ermächtigten Praxen bis zu drei Jahren anzuerkennen, ging problemlos über die Bühne. Dr. Pfeffer stellte unter anderem fest, dass durch die neuen Möglichkeiten der Weiterbildung die Oralchirurgie in Hamburg gestärkt und zugleich auf einem qualitätsgesicherten Standard gehalten werde.

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ regte der Präsident eine Diskussion über einen früheren Beginn der Kammerversammlungen an, damit die wichtigen Diskussionen nicht um Mitternacht geführt werden müssen. Die Mehrheit der Versammlung sprach sich dafür aus, künftig eine Stunde früher zu tagen.

Prof. Sprekels entließ die Delegierten aus der Fußballpause und wünschte abschließend erholsame Sommerferien.

et

PRAXISBÖRSE: RÖHRENDER HIRSCH IM PORSCHE

Der Praxisbewertungsausschuss in der Zahnärztekammer hat seit Jahren eine vertrauensvolle Arbeit zu leisten: Er berät Kollegen kostengünstig bei der Ermittlung ihrer Praxiswerte.

In dem Zeitraum 2000 bis 2005 wurden mehr als 100 Praxen in Stadt und Land taxiert. Die Schätzwerte haben sich auf das Volumen von 20 Millionen Euro summiert, wobei die Bandbreite der einzelnen Werte erheblich streut: 24.000 € – 530.300 €. Im arithmetischen Mittel – 173.300 € – entspricht das etwa dem Bundesdurchschnitt (siehe KZBV-Jahrbuch 2005).

Die Mehrzahl der Bewertungsaufträge waren durch Verkaufsüberlegungen (Erreichen des Rentenalters) begründet, danach folgen Motive wie gesundheitlicher Zustand, eheliche Tatbestände, Partnerschaftsbildungen bzw. Abfindungen, erbrechtliche Kriterien oder so ehrenwerte Ansprüche, wie der Top-Schiedsrichter Markus Merk sie genannt haben soll: Er wolle die negativen Auswirkungen der Gesundheitsreform nicht auf die Patienten durchschlagen lassen. Auch mangelnder Umsatz („Ich sitze hier in einer völlig verharzten Gegend“) und die schleichende „Kammerzialisierung“ lassen sich durch olfaktorisches Aufmotzen der Praxisräume nicht kompensieren. Man muss ebn span, wo mn knn.

Es gibt keine gesetzlichen Bestimmungen zum Berechnen des Praxiswertes. Das SGB fordert lediglich durch den „Verkehrswert“-Begriff eine gewisse Objektivität. Richterlichen Urteilen zufolge, sind alle Sachverhalte zu berücksichtigen, die am Bewertungsstichtag dem Grunde nach bekannt sind und die zukünftige Entwicklung beeinflussen. Das gleicht einem Börsengeschehen, auch der Kurswert hat die Zukunft mit eingepreist.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur werden verschiedene Methoden zur Wertermittlung diskutiert. Doch kein Sachverständiger wird je behaupten, mehr als einen Annäherungswert ermittelt zu haben. Für Praxen in gesperrten Bezirken (Hamburg-Mitte, Eimsbüttel, Hamburg-Nord) ist eine Orientierung am Verkehrswert obligatorisch. Da hier die Marktgesetze der Preisbildung außer Kraft gesetzt wurden (Zugangsbeschränkung), hat der Gesetzgeber den Handel limitiert.

Im Rahmen der Arbeit für den Bewertungsausschuss ist der betriebswirtschaftliche und der juris-

tische Sachverstand in der ZÄK ebenso gefordert wie die Erfahrung zahnärztlicher Kollegen. Faustformeln und Durchschnittswerte helfen nicht weiter. Wenn es um die individuelle Wertermittlung geht, kommen Ausschussmitglieder persönlich ins Haus, um den Sachwert der Teile im Hinblick auf den Fortbestand der ganzen Praxis zu ermitteln. Zu diesem Zweck wird eine Auflistung des Inventars nach Zimmern erforderlich, die Restbuchwerte (Anschaffungskosten, -jahr) lässt man sich beim Steuerberater ausdrucken (Anlagenverzeichnis).



Dr. Winfried Zink

Anzeige

Auch die Wiederbeschaffungspreise und Restnutzungsdauer fließen bei der Wertfindung mit ein.

Es ist schon sinnvoll, seine Praxis zu veräußern, bevor das Verfallsdatum eintritt. Als Käufer hat man die Wahl zwischen Stubenpraxen mit gestickten Bildern von röhrenden Hirschen an der Wand und Kunsthallen mit Bildern von Baselitz und Bacon, Praxen im Tudor-Stil, Porsche-Design oder als Kuriositätenkabinett mit Treibohrer und einem Sammelsurium alter Zangen. Wenn der Inhaber auch noch der künstlerische Leiter seiner Praxis war, gibt's unter Umständen das Panoramafoto „Alpenglühfen“ oder weißgetünchte Raufasertapete dazu. Da kann man so lange drauf starren, bis die Bilder kommen. All diese Exponate gehören auch zur Inneneinrichtung des Lebens.

Der Verkehrswert einer Praxis lässt sich in den materiellen (Substanz-, Sachwert) und den ideellen Wert (immaterieller Wert, Goodwill) aufteilen. Zur ersten Größe zählt das Betriebsvermögen (medizinisch-technische

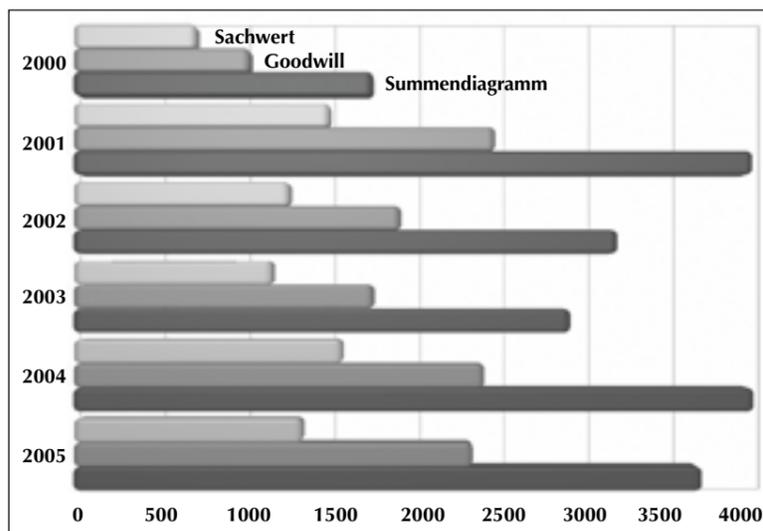
Ausstattung, Bau, Inventar, Rechte wie z. B. eine Laborbeteiligung).

Der ideelle Wert ist eine komplexe Größe, er soll die organisatorischen und personellen Beziehungen widerspiegeln. Eine Reihe werterhöhender/mindernder Faktoren fließen mit ein. Der Ausschuss diskutiert in diesem Zusammenhang eine Check-Liste von über 40 Merkmalen (von „Anbindung an allgemeine Verkehrsmittel“ bis „ZE-Anteil bei der Abrechnung“). Die bestimmenden Größen leiten sich aus dem Umsatz und den Kostenstrukturen her. Bei älteren Praxen liegt der materielle Praxiswert regelmäßig unter dem Goodwill, der, so Gott will, etwa 25 Prozent vom Umsatz erreicht!

Der ermittelte Praxiswert fließt mit ein in die Überlegungen zur Kaufpreisbildung. Ob sich die Vorstellungen realisieren lassen, ist eine Frage des Marktes. Die ZÄK (Gerald Matties) hilft bei der Koordination von Angebot und Nachfrage.

Dr. Winfried Zink

PRAXISBEWERTUNGEN (IN MIO. EURO)



Anzeige

**Norddeutscher
Implantologie Club – NIC**
Vorsitzender:
Dr. Dr. med. Werner Stermann

Termin: 29.09.2006
Dr. Wolfgang Fischer, Ladenburg
„Ästhetische Restaurationen“

Ort: Seminarraum der Firma Pluradent,
Bachstraße 38, 22083 Hamburg

Anmeldungen über:
Praxis Dr. Dr. Stermann,
Telefon: (040) 77 21 70,
Fax: (040) 77 21 72
Mitglieder und Studenten frei

Anzeige

**Unabhängiger
Assistentenstammtisch**
Hamburger Assistenten haben ihren
nächsten Stammtisch
am Mittwoch, 13.09.2006,
um 18:30 Uhr.

Thema: „Betriebswirtschaftliche
Auswertung in einer neuen
Zahnarztpraxis“

Referent: Thomas Mochnik
Kontakt: Dr. Sara Maghmumy,
Telefon (0170) 900 72 30,
Hilda Nikbacht, Telefon (0179) 390 71 87
Web: www.assi-stammtisch.de

Anzeige

Hamburg
NORD DENTAL 2006

Termin: Samstag, 09.09.2006,
09:00-17:00 Uhr

Ort der Veranstaltung:
Halle A1 / Hamburg Messe

Organisation:
CCC Gesellschaft für
Marketing & Werbung mbH
Kleingedankstraße 11, 50677 Köln
www.norddental.de

Schulferien:
HH: 06.07.-16.08.2005
NS: 20.07.-30.08.2005
HH: 16.10.-28.10.2005

KZV STELLTE NEUES PATIENTENBERATUNGSANGEBOT VOR

Im Juni startete in der KZV das neue Patientenberatungsangebot nach dem Zweitmeinungsmodell (das HZB berichtete). Mehr zu diesem Thema auch auf Seite 14.

In den Hamburger Wochenblättern wird künftig im Wechsel mit der bisherigen KZV-InfoLine-Anzeige auf diesen Service hingewiesen (siehe nebenstehendes Anzeigenmotiv).

Ein NDR-Team drehte am Mittwoch, 28. Juni, im Beratungsraum in der KZV eine Muster-Patientenberatung nach dem neuen Zweitmeinungsmodell. Der ausführliche Beitrag sollte in einer ausführlichen Länge im „Hamburg Journal“ laufen. Ein Termin stand bei den Dreharbeiten noch nicht fest. Siehe Seite 14.

Da die angemeldeten Patienten Scheu vor der Kamera hatten, durfte die Pressestelle der Hamburger Zahnärzte das Gespräch nachstellen. Alessandra Biancoli, Mitarbeiterin der Pressestelle, spielte die Muster-Patientin. Bei ihr sollte eine Brücke und eine Krone angefertigt werden. Die KZV schrieb dazu einen maßgeschneider-

ten Heil- und Kostenplan, der als Grundlage des Gespräches diente.

Die verschiedenen Versorgungsmöglichkeiten wurden von Dr. Eckhard Mißfeld sehr neutral und klar in Worten, am PC, mit Bildern und am Modell vorgestellt. Die Patientin stellte Fragen wie im richtigen Leben und erhielt nachvollziehbare Antworten. Finanzielle Aspekte wurden dabei nicht ausgespart, aber nur mit Größenordnungen erwähnt.

Das NDR-Team zeigte sich beeindruckt von diesem neuen Serviceangebot der KZV. Angesichts der komplexen Möglichkeiten, die sich in der Zahnmedizin heute bieten, sei das

zusätzliche Gespräch für manchen Patienten sicher eine gute Entscheidungsgrundlage.

et



Bei den Dreharbeiten des „Hamburg Journal“ mit Dr. Eckard Mißfeld als Beratungszahnarzt und Alessandra Biancoli als Patientin, umgeben von NDR-Kamera und Tonmann.
Foto: et

Anzeige

Hamburg
NORD DENTAL 2006

Termin: Samstag, 09.09.2006,
09:00-17:00 Uhr

Ort der Veranstaltung:
Halle A1 / Hamburg Messe

Organisation:
CCC Gesellschaft für
Marketing & Werbung mbH
Kleingedankstraße 11, 50677 Köln
www.norddental.de

Schulferien:
HH: 06.07.-16.08.2005
NS: 20.07.-30.08.2005
HH: 16.10.-28.10.2005

PATIENTENBERATUNG DER KZV IM FERNSEHEN

Die KZV Hamburg bietet seit Juni im Rahmen des bundesweiten Zweimeinungsmodells eine weitergehende Patientenberatung an. Patienten können sich eine geplante ZE-Versorgung an Hand eines Heil- und Kostenplanes von einem KZV-Beratungszahnarzt in aller Ruhe erklären lassen. Am 29. Juli berichtete das „Hamburg Journal“ im NDR-Fernsehen (früher N3) ausführlich und sachlich über dieses Angebot.



Patientin. Dazu erklärte die Sprecherin aus dem Off: „Die Heil- und Kostenpläne für Zahnersatz sind für Normalbürger oft unverständlich. Hier werden sie von Experten genau erläutert. Außerdem gibt sich der beratende Zahnarzt viel Mühe, die geplante



Der Moderator Martin Wilhelmi stellte zu Beginn des Beitrages unter anderem fest: „Schöne Zähne und ein strahlendes Lächeln, das kann teuer werden, wenn der Zahnarzt mithelfen soll. Zwar gibt es im Internet auch Angebote für superbilligen Zahnersatz, doch es gibt auch Warnungen vor diesen Angeboten. Beratung und Entscheidungshilfe bietet da



Modelle und Bilder. Er erläuterte auch den Heil- und Kostenplan und informierte die Patientin, mit welcher Zahlung sie rechnen müsse. Auch das bewährte KZBV-Programm wurde vorgestellt. Die Sprecherin dazu: „Computerbilder simulieren, wie der Zahnersatz einmal wirken wird. So umfassend und ohne Kosten informiert, begeben sich die Patienten



Versorgung mit Kronen, Brücken oder Implantaten anschaulich zu erklären. So viel Zeit hat der behandelnde Zahnarzt selten.“

Dr. Mißfeld dazu in der Sendung: „Das Komplizierte ist, dass es mittlerweile so viele Therapiemöglichkeiten gibt für einen ganz bestimmten Fall, dass sehr häufig in der Praxis gar nicht die Zeit besteht, um dem Patienten alle Möglichkeiten, die ihm die heutige Zahnmedizin bietet, auch wirklich darzustellen.“

die Kassenzahnärztliche Vereinigung an, nicht mehr nur telefonisch, sondern neuerdings auch in persönlichen Gesprächsterminen.“

Der KZV-Beratungszahnarzt Dr. Eckard Mißfeld begrüßte dann seine

Dr. Mißfeld erläuterte den geplanten Implantatfall an Hand zahlreicher



viel beruhigter zu ihrer Zahnbehandlung.“

Der Moderator verlas abschließend die Hamburger Telefonnummer, unter der sich Patienten bei der KZV-Beratung anmelden können.

PROF. DR. DR. KAI-OLAF HENKEL: VON ROSTOCK NACH HAMBURG

Er möchte noch etwas bewegen in seinem Leben und ist daher nach Hamburg gekommen. Aus der Hansestadt Rostock an die Elbe verschlug es Prof. Dr. Dr. med. habil. Kai-Olaf Henkel. Er ist seit kurzer Zeit neuer Chefarzt der Abteilung für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie – Plastische Operationen und Oralchirurgie am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg. Ein langer Titel und ein noch längerer akademischer Lebenslauf des Familienvaters mit drei Kindern. Er möchte seine Abteilung hinter dem hohen militärischen Zaun für die Hamburger Patienten öffnen und die Dienstleistung seiner Abteilung in der Hansestadt anbieten.

In der Abteilung geht es erstaunlich „zivil“ zu. Die Zahnärzte und Mitarbeiterinnen sind derzeit noch zivile Kräfte – von der Ausbildung her. Aber hier soll es Änderungen geben. Die Bundeswehr ist dabei, demnächst auch einen „richtigen“ Militärzahnarzt einzustellen. Gleichwohl ist der Umgangston in den medizinischen Abteilungen zielorientiert und nicht vom Militär geprägt.

Früher gab es im Bundeswehrkrankenhaus in der Gartenstadt die sogenannte 15-Prozent-Regelung. Nur 15 Prozent der Patienten durfte von „draußen“ kommen. Heute gilt diese Begrenzung nicht mehr. Prof. Henkel leitet das Team aus neun zahnärztlichen und ärztlichen Mitarbeitern. Zusätzlich gibt es noch das FZZ – Fachzahnärztliches Zentrum für die allgemeine Zahnmedizin und Parodontologie, da auch Soldaten Zahnschmerzen haben oder neuen Zahnersatz benötigen.

Prof. Henkel ist derzeit noch dabei, sein berufliches und privates Umfeld zu erkunden. In der neuen Wohnung ist noch viel zu tun. Weil seine Frau Heike Henkel, gelernte Krankenschwester und frisch in Hamburg geprüfte Kinder-Heilpraktikerin, in der Wohnung in Hummelsbüttel übernachten wollte, mussten Anfang Juli beim Termin im Bundeswehrkrankenhaus noch Luftmatratzen als Schlafgelegenheit herhalten.

Der Rostocker zeigt sich überwältigt von seiner neuen Heimatstadt. Er entdeckt viele Gemeinsamkeiten wie das viele Wasser, das er noch zum Rudern nutzen möchte. Als Student der Zahnmedizin war er sehr aktiv und auch erfolgreich – so wurde er einmal mit einem Partner DDR-Vizemeister im Doppelzweier. Weitere sportliche Aktivitäten sind Volleyball und Tennis, was derzeit allerdings auf Eis liegt.

Der Zahnarzt möchte seinen Kollegen in Hamburg als Helfer und Zuarbeiter zur Seite stehen. Da seine Abteilung nicht an zeitliche Vorgaben gebunden ist, kann er sich Zeit nehmen und freut sich auch über schwierige Fälle, da er sich hier besonders gefordert sieht. Auf der Basis seiner KZV-Ermächtigung für die Behandlung von Patienten mit Tumoren, Unfallfolgen oder Fehlbildungen kann er eine große Bandbreite auf Überweisung anbieten. Er kann seine



Prof. Dr. Dr. Kai-Olaf Henkel – neuer Chefarzt am Bundeswehrkrankenhaus
Foto: et

Patienten im Einzelfall auch stationär aufnehmen. Auch bei implantologischen Eingriffen sieht er sich als Partner der niedergelassenen Zahnärzte. So kann er wahlweise den kompletten implantologischen Eingriff vornehmen („Alles aus einer Hand“) oder nur Teil-



laufgaben – ganz nach Wunsch des Hauszahnarztes.

Auf eine Tatsache in seiner langen Vita ist Prof. Henkel besonders stolz, weiß aber nicht, ob dies bei den Hamburgern auch so ankommt. Er ist der erste Chefarzt, der aus den neuen Bundesländern in ein altes wechselt. Bisher war der Weg umgekehrt. In Rostock ist er immer noch durch eine außerordentliche Professur verpflichtet, die allerdings derzeit ruht. Er plant allerdings die Fortsetzung seiner Vorlesungen schon im Herbst 2007.

In seinen klinischen Schwerpunkten Traumatologie, Tumore einschließlich Rekonstruktion und Fehlbildungschirurgie zählt Prof. Henkel inzwischen mehr als 6.000 ausgedehnte Eingriffe im gesamten Fachgebiet. Als seine Forschungsschwerpunkte bezeichnet er Knochenersatzmaterialien, Traumatologie und die Verteilung von Antibiotika in verschiedenen Geweben. Seine akademische Laufbahn verhalf ihm auch zu verschiedenen akademischen Auslandsaufenthalten in den USA und Peking. Erwähnt werden sollen auch die Mitgliedschaften in zehn Fachgesellschaften, auch in Japan und in den USA. Er füllt in einigen Gesellschaften auch Positionen aus und erhielt für seine Forschungsarbeit in den letzten Jahren mehrere Preise.

Der Zahnarzt, Operateur und Wissenschaftler kommt angesichts dieser vielen Betätigungsfelder immer dann wieder auf den Boden zurück, wenn sein erster Enkel ihn in seinen Bann schlägt. Als „Opa“ geht er nun wirklich (noch) nicht durch.

et

PROBLEME BEI AUFRECHTUNG MIT KOSTEN

Das OLG München hatte folgenden Fall zu entscheiden:

Ein Zahnarzt forderte für prothetische Leistungen ein Honorar in Höhe von EUR 11.784,25. Nach Auffassung des Patienten war die Behandlung mangelhaft. Im Prozess trug er vor, die Kosten für die unstreitig noch nicht durchgeführte erforderliche Nachbehandlung würden EUR 7.569,40 betragen. Mit diesem Betrag und dem Betrag für ein während des Rechtsstreits erstattetes Privatgutachten in Höhe von EUR 835,50 wollte der Beklagte gegen die Honorarrechnung aufrechnen.

Das LG und OLG gaben dem klagenden Zahnarzt Recht.

Nach den Urteilsgründen muss derjenige, der die Kosten einer noch nicht durchgeführten zahnärztlichen Behandlung als Schadensersatz fordert, nicht nur seine Behandlungsabsicht behaupten, sondern auch glaubhaft machen. Ob die Glaubhaftmachung ausreicht, kann das Gericht anhand von Indizien, z. B. Art der Gesundheitsbeeinträchtigung, bisherige Maßnahmen des Geschädigten, beurteilen. Mit den Kosten eines Privatgutachtens kann dann nicht aufgerechnet werden, wenn keine Absicht besteht, die behaupteten Mängel der zahnärztlichen Leistung zu beheben.

Allerdings ließ das OLG die Frage offen, ob dies auch im Fall einer völlig unbrauchbaren Leistung des Zahnarztes gilt.

Rechtsanwalt Gustav-Adolf Hahn

NEUES AUS DER RECHTSPRECHUNG:

NUR BEFUNDBEZOGENE FESTZUSCHÜSSE FÜR ZAHNERSATZ

Ein Versicherter hat gegen die Krankenkasse keinen Anspruch auf Versorgung mit Zahnersatz, sondern gem. § 55 ff SGB V allein auf „befundbezogene“ Festzuschüsse. Insoweit kommt es nicht darauf an, was der erforderliche Zahnersatz tatsächlich kostet. Es besteht nur ein Anspruch auf einen Zuschuss der Kosten der Regelversorgung. Was zur zahnmedizinischen Regelversorgung gehört, ist den Richtlinien des gemeinsamen Bundesausschusses nach § 56 SGB V zu entnehmen. Was dort wie Federelemente nicht aufgeführt ist, gehört auch nicht zur Regelversorgung.

So entschied das Sozialgericht Potsdam, und das Landessozialgericht Brandenburg bestätigte diese Entscheidung am 24.02.2006.

KREBSERKRANKUNG: KEINE BEFREIUNG VOM EIGENANTEIL BEI ZE-VERSORGUNG

Das LSG Schleswig-Holstein hat durch ein Urteil vom 22.02.2006 entschieden, dass ein weitergehender Anspruch auf Befreiung vom gesetzlichen Eigenanteil bei der Versorgung mit Zahnersatz als nach § 30 SGB V vorgesehen, auch nicht aus einer schwerwiegenden Krebserkrankung und deren Folgen hergeleitet werden kann. § 30 I 1 SGB V knüpft die Beschränkung der Kassenleistung an den Gegenstand und nicht die Ursache des Behandlungsbedarfes an. Ein weitergehender Anspruch folge auch nicht etwa aus dem rechtlichen Gesichtspunkt der Aufopferung.

RA Gustav-Adolf Hahn
Fachanwalt für Sozialrecht
Justiziar der KZV Hamburg

KINDERBEHANDLUNG AUF DEM PRÜFSTAND

40 Zahnärztinnen und Zahnärzte haben der Kammer den Tätigkeitsschwerpunkt „Kinderzahnheilkunde“ angezeigt. Zahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg luden diese Kolleginnen und Kollegen zu einer Informationsveranstaltung in die Kammer ein. Die Resonanz war äußerst positiv. Anwesend war zudem Prof. Dr. Ulrich Schiffner aus dem UKE, der derzeit Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinderzahnheilkunde ist.

In seiner Begrüßung wies Kammerpräsident Prof. Sprekels sowohl auf die gestiegene Bedeutung der Kinderzahnheilkunde als auch auf die Erfolge in der Kariesreduktion hin. Neben den „Kinderzahnärzten“ hätten hieran auch die Schulzahnärzte, LAJH-Patenzahnärzte mit ihren Teams sowie die Mitarbeiterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (LAJH) ihren Anteil. Prof. Sprekels konnte schon einen Ausblick auf die neuesten Zahlen der nächsten Deutschen Mundgesundheitsstudie (DMS IV) ge-

xen, die anderen seien häufig durchaus froh, diese Patienten mit besonderen Anforderungen überweisen zu können. Er machte deutlich, dass die Kinderzahnheilkunde ein besonderer Bereich innerhalb der Zahnheilkunde sei und hier die allgemeinen wissenschaftlichen Stellungnahmen teilweise durch die besondere Situation des Milchzahngebisses modifiziert seien. Dr. Pfeffer verwies kritisch auch auf einige Probleme, die sich zwischen Kinderzahnärzten und Überweisern und Patienten ergeben hätten.

oder Privatleistungen zu vereinbaren. Dr. Claus Urbach wies darauf hin, dass für die Behandlung von Kindern kein Sonderbudget zur Verfügung gestellt werden könne. Ein solcher Weg würde sofort gleichlautende Forderungen weiterer Zahnärzte mit besonderen Behandlungsschwerpunkten nach sich ziehen.

Die anwesenden Kinderzahnärzte stellten fest, dass es unter ihnen kaum Kontakt gibt. Ein fachlicher Austausch wurde aber von allen Anwesenden



Aus der Informationsveranstaltung (v. l.): Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Dr. Helmut Pfeffer, Dr. Thomas Lindemann und Dr. Claus Urbach

ben, die belegen werde, dass sich die Mundgesundheit der deutschen Kinder nicht nur im internationalen Vergleich weiter erheblich verbessert habe, sondern einen Spitzenplatz einnehme.

Für die KZV machte Dr. Thomas Lindemann deutlich, dass jeder Kassenpatient Anspruch auf eine Kassenleistung habe. Es stehe Zahnarzt und Patient natürlich frei, Zusatzleistungen

gewünscht. Es wurde angeregt, dass Prof. Schiffner Kontakt zu den Kinderzahnärzten aufnimmt und eine Zusammenkunft organisiert.

Vizepräsident Dr. Helmut Pfeffer verwies auf die Relation von 40 Zahnärzten mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Kinderzahnheilkunde zu ca. 1.400 niedergelassenen Zahnärzten. Es habe sich im Grundsatz ein gutes Miteinander zwischen diesen beiden Gruppen ergeben. Die einen entwickelten sich mehr und mehr zu Überweisungspra-



WAHLAUSSCHREIBUNG ZU NEUWAHLEN ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER ZAHNÄRZTEKAMMER – 15. AMTSPERIODE

Gem. §§ 14 (2) und 15 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGH) vom 14.12.2005 sowie der Wahlordnung der Zahnärztekammer Hamburg vom 01. September 1986 in der Fassung vom 31.10.1990 werden die Neuwahlen zur Zahnärztekammer ausgeschrieben. Der Vorstand hat den 13. November 2006 als Tag der Wahl bestimmt. Die Wahl findet durch Briefwahl statt.

Wahlberechtigt sind nach § 2 der Wahlordnung alle Zahnärztinnen und Zahnärzte, die am 16.10.2006 der Zahnärztekammer Hamburg angehören und in die Wählerliste eingetragen sind. Nicht wahlberechtigt sind Zahnärztinnen und Zahnärzte, auf die am 16.10.2006 eine der Voraussetzungen des § 2 (2) der Wahlordnung zutrifft.

Wählbar sind Zahnärztinnen und Zahnärzte, die am Wahltag der Zahnärztekammer Hamburg mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung angehört haben. Nicht wählbar sind Zahnärztinnen und Zahnärzte, auf die eine der Voraussetzungen des § 3 (2) der Wahlordnung zutrifft.

Die Wählerlisten, in die alle wahlberechtigten Zahnärztinnen und Zahnärzte eingetragen sind, sowie der Beschluss der Kammerversammlung über die örtliche Abgrenzung der Bezirksgruppen liegen vom 25.09.2006 bis 02.10.2006 in der Geschäftsstelle der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, 6. Etage, in der Zeit von Mo.–Do. 8:00 bis 16:30 Uhr und Fr. 8:00 bis 13:00 Uhr zur Einsichtnahme für die Mitglieder der Zahnärztekammer aus.

Einsprüche gegen die Wählerliste sind spätestens bis zum 10.10.2006 beim Vorstand der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, einzulegen. Der Vorstand hat gem. § 5 der Wahlordnung einen Wahlausschuss eingesetzt, dessen Zu-

sammensetzung hier in aktualisierter Fassung bekannt gegeben wird:

- Rechtsanwalt Sven Hennings
Wahlleiter
- Rechtsanwalt Hartmut P. Mertin
stellv. Wahlleiter
- Dr. Herwig Danner
Wahlbeisitzer
- Dr. Isabell Dummler
Wahlbeisitzer
- ZÄ Sozan Ebrahimi
Wahlbeisitzer
- Dr. Alexander Witte
Wahlbeisitzer
- Dr. Wolfgang Gabel
stellv. Wahlbeisitzer
- Dr. Walter Mayer
stellv. Wahlbeisitzer
- ZA Matthias Schade
stellv. Wahlbeisitzer
- Dr. Jürgen Wulff
stellv. Wahlbeisitzer

Wahlvorschläge können gem. § 6 (1) der Wahlordnung ab 29.08.2006 bis zum 25.09.2006, 24:00 Uhr, beim Wahlausschuss der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, eingereicht werden. Es kommt nicht auf das Datum des Poststempels, sondern den Zugang des Wahlvorschlags bei dem Wahlausschuss an. Ein Wahlvorschlag für die Wahl der 12 Obfrauen/Obmänner der Bezirksgruppen muss mindestens 2 Namen enthalten und von mindestens 5 wahlberechtigten Mitgliedern

der jeweiligen Bezirksgruppe unterzeichnet sein. Ein Wahlvorschlag für die Wahl der 10 Vertreter nach § 14 (2) Ziffer 1 HbgKGH darf nicht mehr als 30 Namen enthalten und muss von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

In der Kammergeschäftsstelle können Vordrucke für Wahlvorschläge angefordert werden. Wenden Sie sich bitte an Frau Mewes, Tel.: 73 34 05 14.

Eine Wahlberechtigte/ein Wahlberechtigter darf für die Wahl der Vertreter nach § 14 (2) Ziffer 1 HbgKGH (Landesliste) und für die Wahl der Obfrauen/Obmänner (Bezirksgruppen) nur je einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Für jeden Wahlvorschlag ist ein Vertrauensmann zu benennen. Vorgeschlagen werden darf nur, wer seine Zustimmung schriftlich erklärt und wählbar ist.

Einsprüche gegen die Wählbarkeit können bis zum 02.10.2006 schriftlich beim Vorstand der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, erhoben werden.

Die Wahlaufsätze, die eine Zusammenfassung der eingereichten Wahlvorschläge darstellen, werden am 27.10.2006 im Hamburger Zahnärzteblatt – Sonderausgabe 2/2006 – veröffentlicht werden. Der Versand erfolgt zusammen mit den Wahlpapieren.

Die Wahlpapiere werden den Wahlberechtigten am 27.10.2006 (Versandtag) zugestellt. Wer sie am 03.11.2006 noch nicht erhalten hat, wird gebeten, sich deswegen telefonisch mit der Zahnärztekammer in Verbindung zu setzen (Frau Mewes, Tel.: 73 34 05 14).

Der Wahlbrief muss bis zum 13. November 2006, 18:00 Uhr, beim Wahlausschuss in der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, 6. Stock, eingegangen sein. Es kommt also nicht auf das Datum des Poststempels an.

Das Wahlergebnis wird vom Wahlausschuss am 15.11.2006 ab voraussichtlich 13:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Zahnärztekammer, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, 6. Etage, festgestellt.

Der Wahlleiter benachrichtigt die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung, sich binnen einer Woche nach Erhalt der Nachricht über die Annahme der Wahl zu äußern. Ist eine Bewerberin/ein Bewerber sowohl als Vertreterin/Vertreter als auch als Obfrau/Obmann oder deren/dessen Stellvertreter/in gewählt, muss sie/er binnen einer Woche nach Feststellung des Wahlergebnisses gegenüber dem Wahlausschuss erklären, welches der Ämter sie/er annimmt. Gibt die Bewerberin/der Bewerber innerhalb der Frist keine Erklärung ab, gilt sie/er als nicht gewählt.

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlleiter im Hamburger Zahnärzteblatt – Sonderausgabe 3/2006 – zum 27.11.2006 veröffentlicht.

Einsprüche gegen die Wahl können von Wahlberechtigten bis zum 04.12.2006 schriftlich und begründet beim Wahlausschuss eingelegt werden.

Im Übrigen gelten die Vorschriften der Wahlordnung der Zahnärztekammer Hamburg vom 01.09.1986, zuletzt geändert am 31.10.1990.

Hinweis: Auch zur Kammerwahl 2006 wird wieder eine Sonderausgabe des Hamburger Zahnärzteblattes erscheinen mit Bild und Daten der Kandidaten für die Kammerversammlung nach § 14 (2) Ziffer 1 HbgKGH. Aus organisatorischen Gründen wird darum gebeten, der Redaktion des Hamburger Zahnärzteblattes so früh wie möglich die Texte mit Bildern von den Kandidaten vorzulegen, die sich in der Sonderausgabe 1/2006 des Hamburger Zahnärzteblattes vorstellen möchten. Bei allen Fragen hierzu wenden Sie sich bitte an Gerd Eisentraut, Tel.: 73 34 05 17, Fax: 73 34 05 99 17, E-Mail: gerd.eisentraut@zaek-hh.de.

Diese Wahlausschreibung gilt per 28.08.2006 als veröffentlicht.

Der Vorstand

BEZIRKSGRUPPEN

Bezirksgruppe 3

Bezirksgruppenversammlung
Termin: Mo., 18.09.2006, 20:00 Uhr
Ort: KZV Hamburg, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg
Gäste: Dr./RO Eric Banthien
KZV Vorstandsvorsitzender
Dr. Helmut Pfeffer
Vizepräsident der Zahnärztekammer
Themen: - Kammerwahl 2006
- Aktuelles aus Kammer, KZV und Versorgungswerk

Dr. Demuth

Bezirksgruppe 10

Stammtische
Termine: 31.08.2006, 28.09.2006 und 26.10.2006 („Immer der letzte Donnerstag im Monat!“), ab 20 Uhr
Ort: Restaurant „Jever Krog“, Große Brunnenstraße 18/ Ecke Holländische Reihe, 22763 Hamburg/Altona

Dr. Franz

Bezirksgruppe 10

Bezirksgruppenversammlung
CAVE: Zur Kammerwahl daher vorgegebenes Zeitfenster für die Terminierung.
Termin: Do., 07. September 2006, 20:00 Uhr
Ort: Reserviert: „KZV Hamburg“, Katharinenbrücke 1, Raum 500, 20457 Hamburg
Gäste: Prof. Dr. Wolfgang Sprekels
Präsident der Zahnärztekammer
Dr./RO Eric Banthien
KZV Vorstandsvorsitzender

Dr. Franz

Redaktionsschluss des HZB ist am 25. jeden Monats.

Anzeige

MIT 93 JAHREN VERSTORBEN: ERNST WINKLER

Ernst Winkler, ein Pionier der zahnärztlichen Standespolitik und des Versorgungswerkes, ist am 12. Juni 2006 im Alter von 93 Jahren verstorben. Winkler war seit 1959 in der Versorgungskasse aktiv. Seit 1965 stand er ihr als stellvertretender Vorsitzender vor, ab 1968 als Vorstandsvorsitzender.



Ernst Winkler, wie ihn der Abendblatt-Zeichner am 29. Juni 1978 zeichnete, verstarb am 12. Juni im Alter von 93 Jahren

Er war viele Jahre Obmann der damaligen Bezirksgruppe 4b und damit Mitglied der Kammerversammlung bis zur Praxisaufgabe im März 1981. Im April 1973 wurde Winkler zum Landesverbandsvorsitzenden des Freien Verbandes gewählt. Er erhielt

im Februar 1978 die Ehrennadel der Deutschen Zahnärzteschaft. Darüber hinaus gehört er über viele Jahre der Vertreterversammlung der KZV an.

Zu den „Gründern“ gehörte Ernst Winkler auch in der KZV Hamburg. Hier gehörte er seit 1954 der ersten Vertreterversammlung an. Von 1969 bis 1980 saß er zudem im Vorstand der KZV und lenkte dabei maßgeblich auch die Geschicke der Hamburger Zahnärzte. Ernst Winkler war bereits in Fragen der Altersversorgung tätig, bevor das Versorgungswerk der Zahnärztekammer gegründet worden war. In der Versorgungskasse – einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit – war er tätig.

Die Erfahrungen im Hypotheken-Ausschuss der Versorgungskasse brachte Winkler im Anlageausschuss des Versorgungswerkes ein. Im Sommer 1968 wurde er zum Vorsitzenden des Vorstandes der Versorgungskasse gewählt. Im Jahre 1979 musste die Mitgliederversammlung auf seinen Vorschlag den Beschluss fassen, die

Eigenständigkeit wegen Mangels an Nachwuchs aufzugeben. Dies war Vorschlag und Beschluss, der von dem Verantwortungsbewusstsein getragen wurde, für die betroffenen Mitglieder und Hinterbliebenen das Beste herauszuholen, solange noch Handlungsfähigkeit vorhanden war. Er hat dies aber niemals dem Versorgungswerk nachgetragen, obgleich dieses ja der Urheber und die Ursache war. Für diese im Charakter liegende anständige und faire Haltung zollten die handelnden Zahnärzte Ernst Winkler damals Hochachtung.

Als er begann, sich auf sein Alter zurückzuziehen, äußerte er immer wieder klar den Wunsch und die Absicht: „Das letzte, was ich aufgeben, ist die Tätigkeit im Versorgungsausschuss.“ So hat Winkler nach seiner Berufsaufgabe im März 1981 noch bis zum Ende der Amtsperiode des Ausschusses im Februar 1984 mitgewirkt.

Ernst Winkler machte sich durch seine lebendige, aufrichtige und engagierte Art, Ehrenämter wahrzunehmen, zum Vorbild für jüngere Zahnärzte. Er schuf mit den führenden Kollegen der damaligen Jahrgänge das Fundament der vielfältigen Selbstverwaltung, das auch heute noch die Basis für Aktivitäten in einer immer schwieriger werdenden Zeit bildet.

Prof. Dr. Wolfgang Sprekels
Präsident Zahnärztekammer Hamburg
Dr./RO Eric Banthien
Vorstandsvorsitzender der KZV Hamburg

UNGÜLTIGE AUSWEISE		
Nr.	Inhaber	Datum
31167	Dr. Alf Henning Pielcke	18.02.94
31339	Dr. Günther Schaps	04.03.94
30375	Prof. Dr. Gertraute Franz	11.11.93
45410	Dr. Olga-Sofia Natrin	30.03.94
23686	Susan Mahbobeh Pazeshi	06.12.05

Redaktionsschluss des HZB ist am 25. jeden Monats.

Zahnärztekammer Hamburg Sprechstunden und Bürozeiten:

Der Präsident und der Vizepräsident der Zahnärztekammer Hamburg stehen für Gespräche (montags, dienstags, donnerstags, freitags) telefonisch zur Verfügung: Kollege Sprekels von 12:00 bis 13:00 Uhr, Tel.: 44 29 18, Kollege Pfeffer, Tel.: 724 28 09. Bei Bedarf können persönliche Gespräche vereinbart werden.

Bürozeiten:
Montag bis Donnerstag 8:00 bis 16:30 Uhr, Freitag 8:00 bis 13:00 Uhr

Sprechstunden Versorgungsausschuss:
Der Vorsitzende des Versorgungsausschusses der Zahnärztekammer Hamburg und sein Stellvertreter (Kollege H. Pfeffer und Kollege W. Zink) stehen für Gespräche montags bis freitags telefonisch (724 28 09 und 702 21 11) zur Verfügung. Bei Bedarf können persönliche Besprechungen vereinbart werden.

Postanschrift:
Zahnärztekammer Hamburg, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg, E-Mail: info@zaek-hh.de

ABGABETERMINE	
August bis Dezember 2006	
Termin:	für:
24.08.2006	ZE 8/2006
14.09.2006	Par/Kbr 9/2006
25.09.2006	ZE 9/2006
04.10.2006	KCH III/2006 Kfo III/2006
16.10.2006	Par/Kbr 10/2006
25.10.2006	ZE 10/2006
15.11.2006	Par/Kbr 11/2006
27.11.2006	ZE 11/2006
11.12.2006	Par/Kbr 12/2006
18.12.2006	ZE 12/2006

Fällt der Abgabetermin auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, muss die Abrechnung am nächstfolgenden Arbeitstag bis 9:00 Uhr bei uns sein. An den Abgabeterminen (montags bis donnerstags) ist das Zahnärztheus bis 21:00 Uhr geöffnet (freitags grundsätzlich bis 13:00 Uhr).

AUSSCHREIBUNGEN

Folgende Vertragszahnarztpraxen werden gemäß § 103 Abs. 4 SGB V zur Übernahme durch einen Nachfolger ausgeschrieben:

- Planungsbereich 1, Ortsteil 113 (St. Georg)
- Planungsbereich 4, Ortsteil 413 (Winterhude)
- Planungsbereich 4, Ortsteil 428 (Barmbek-Nord)

Interessenten bewerben sich bitte bis zum 30.9.2006 (Posteingang) bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hamburg, Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg.

WEITERE INFORMATIONEN

Die KZV bietet insbesondere jungen Zahnärzten vor der Niederlassung weitere Informationen von der Registertragung bis zur Zulassung an. Diese Dokumente können bei Bedarf

SITZUNGSTERMINE ZULASSUNGS-AUSSCHUSS	
Für die Anträge an den Zulassungsausschuss sind folgende Abgabetermine unbedingt zu beachten:	
Annahmeschluss:	Sitzungstermin:
30.08.2006	20.09.2006
04.10.2006	25.10.2006
25.10.2006	15.11.2006
15.11.2006	06.12.2006

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die vorgegebenen Fristen für die Abgabe der Anträge strikt eingehalten werden müssen und nur die jeweils fristgerecht gestellten Anträge in der nachfolgenden Sitzung dem Zulassungsausschuss vorgelegt werden! Diese Abgabetermine gelten auch und insbesondere für die gemäß § 85 Abs. 4 b SGB V einzureichenden Gemeinschaftspraxisverträge! Diese Verträge sind vorbereitend für den Zulassungsausschuss durch unsere Juristen zu prüfen. Wir raten, den Vertrag spätestens zum Abgabetermin ohne Unterschriften und ohne Beglaubigungen zur Durchsicht einzureichen. Wir informieren Sie dann schnellstmöglich über Unbedenklichkeit oder notwendige Änderungen. Am Sitzungstag muss der Vertrag dann in beglaubigter Form vorliegen!

ZAHLUNGSTERMINE	
Datum:	für:
21.08.2006	1. AZ für III/2006
24.08.2006	ZE, Par, Kbr 7/2006
20.09.2006	2. AZ für III/2006
25.09.2006	ZE, Par, Kbr 8/2006
19.10.2006	3. AZ für III/2006
25.10.2006	ZE, Par, Kbr 9/2006 RZ für II/2006
20.11.2006	1. AZ für IV/2006
27.11.2006	ZE, Par, Kbr 10/2006
11.12.2006	2. AZ für IV/2006
27.12.2006	ZE, Par, Kbr 11/2006

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es nicht erlaubt, telefonisch Auskünfte über Kontostände oder Zahlungen zu geben.

ZULASSUNGEN ALS VERTRAGSZAHNÄRZTE

Rechtskräftig als Vertragszahnärzte zugelassen wurden die nachstehend genannten Zahnärzte, die sich inzwischen auch niedergelassen haben.

- Zulassung zum 01.01.2006
- Dr. Siamak Karimi
Tonndorfer Hauptstraße 69
22045 Hamburg (Tonndorf)
 - Dr. Aline Wilkens
Gudrunstraße 1
22559 Hamburg (Rissen)
 - Dr. Jan Behring
Wandsbeker Chaussee 44
22089 Hamburg (Eilbek)
 - Athanassios Mouratoglou
Schaarsteinwegsbrücke 2
20459 Hamburg (Neustadt)
 - Michael Wölf
Wandsbeker Chaussee 1
22089 Hamburg (Eilbek)
 - Yvonne Wölf
Wandsbeker Chaussee 1
22089 Hamburg (Eilbek)
 - Thomas Große
Friedensallee 275
22763 Hamburg (Ottensen)
 - Patrick Marcinow
Friedensallee 275
22763 Hamburg (Ottensen)
 - Willi Schmidt
Kleinfeld 53
21149 Hamburg (Neugraben-Fischbek)
 - René Schneider
Harksheider Straße 6 A
22399 Hamburg (Poppenbüttel)
- Zulassung zum 01.04.2006
- Dr. Dirk Burkhardt
Neugrabener Bahnhofstraße 5
21149 Hamburg (Neugraben-Fischbek)
 - Dr. Peter-André Weil
Poppenbütteler Chaussee 37
22397 Hamburg (Duvenstedt)
 - Dr. Daniela Köhler
Osterstraße 141
20255 Hamburg (Eimsbüttel)
 - Barbara Kleymann
Hudtwalckerstraße 31
22299 Hamburg (Winterhude)
 - Dr. Thomas Jude
Oderfelder Straße 32
20149 Hamburg (Harvestehude)
 - Claudia Katharina Kanitz
Bahnenfelder Chaussee 124
22761 Hamburg (Bahrenfeld)

telefonisch bei der KZV (36 147-176) erfragt oder im Internet unter www.kzv-hamburg.de in der Rubrik „Für Zahnärzte/KZV-Infos“ eingesehen werden.

- Andrea Steffers
Graumannsweg 61
22087 Hamburg (Hohenfelde)
- Sebastian Giese
Güntherstraße 104
22087 Hamburg (Hohenfelde)
- Farhad Khan Modares
Eidelstedter Platz 21
22523 Hamburg (Eidelstedt)

Zulassung zum 01.06.2006
- Dr. Katharina Dorandt
Heegberg 4
22391 Hamburg (Poppenbüttel)

Zulassung als Facharzt
für Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie
zum 01.05.2006
- Dr. Dr. Jörg D. Jeschke
Harburger Rathausstraße 41
21073 Hamburg (Harburg)

zum 01.07.2006
- Dr. Dr. Markus Lenard
Kollaustraße 239
22453 Hamburg (Niendorf)

**AN ABGABETAGEN
(MONTAGS BIS DONNERSTAGS)
KÖNNEN UNTERLAGEN BIS 21 UHR
PERSÖNLICH ABGEGEBEN WERDEN.**

**Kassenzahnärztliche
Vereinigung Hamburg
Sprechzeiten:**

Die Mitglieder des Vorstandes der KZV Hamburg
- Dr./RO Eric Banthien,
- Dr. Claus St. Franz und
- Dipl.-Kfm. Wolfgang Leischner
stehen für persönliche Gespräche im
Zahnärztheus, Katharinenbrücke 1,
20457 Hamburg, zur Verfügung.

Es wird um vorherige telefonische
Anmeldung im Vorstandssekretariat
gebeten:
Frau Gehendges 36 147-176
Frau Oetzmann-Groß 36 147-173

Postanschrift:
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg
Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg

E-Mail/Internet:
info@kzv-hamburg.de
www.kzv-hamburg.de

AUS DEM DISZIPLINARWESEN:

1. Der Disziplinarausschuss der KZV Hamburg hat zwei Vertragszahnärzten jeweils die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 10.000,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt sowie die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Die Vertragszahnärzte hatten im Zusammenwirken mit einer Dentalhandelsgesellschaft Zahnersatz im Ausland fertigen lassen, diesen nach BEL-Höchstsätzen abgerechnet und die ihnen dafür gewährten Preisnachlässe nicht an die Patienten und Krankenkassen weitergeleitet, obwohl sie hierzu verpflichtet gewesen wären (§ 11 Abs. 2 a und b des VdAK-AEV Vertrages), sondern diese Beträge mit der Dentalhandelsgesellschaft geteilt.

2. Der Disziplinarausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt einen Verweis erteilt, die anteiligen Verfahrenskosten auferlegt sowie die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der Versorgung eines Kassenpatienten mit Zahnersatz einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse des Patienten die Kosten für drei Teleskopkronen übernahm, obwohl nur zwei Teleskopkronen zu Lasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen wären.

3. Der Disziplinarausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße

in Höhe von 2.000,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung einer Kassenpatientin zwei sachlich unrichtige Heil- und Kostenpläne erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben in den Heil- und Kostenplänen hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse der Patientin die Kosten für die beantragte Versorgung übernahm, obwohl diese entgegen den Angaben im Heil- und Kostenplan an Implantaten befestigt bzw. auf Implantaten aufgebaut waren und somit nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen wären.

4. Der Disziplinarausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 4.000,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt sowie die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenwirken mit einer Dentalhandelsgesellschaft Zahnersatz im Ausland fertigen lassen, diesen nach BEL-Höchstsätzen abgerechnet und die ihm dafür gewährten Preisnachlässe nicht an die Patienten und Krankenkassen weitergeleitet, obwohl er hierzu verpflichtet gewesen wäre (§ 11 Abs. 2 a und b des VdAK-AEV Vertrages), sondern diese Beträge mit der Dentalhandelsgesellschaft geteilt.

JUBILÄEN

30 Jahre tätig
war am 1. August 2006 Frau Gabriele Kothe ZFA in der Praxissozietät Dr. Gerhard Schlaeger, Dr. Ingeborg-Maria Schlaeger und Dr. Sebastian Schlaeger war am 1. August 2006 Frau Manuel Krischke ZFA in der Praxissozietät Annelie Thomsen und Dr. Heiko Thomsen

10 Jahre tätig
war am 1. August 2006 Frau Claudia Detlefs ZFA in der Praxissozietät Dieter Kappesz, Dr. Sabine Kuhn und Dr. Kathrin Susan Peters war am 1. August 2006 Frau Nicole Repping ZFA in der Praxis Dr. Gerhard Brandt, ZA und FZA für Oralchirurgie war am 1. August 2006 Frau Anja Wolter ZFA und ZMP in der Praxis Mette Kongsted Boysen war am 16. August 2006 Frau Susanne Neumann ZFA in der Praxissozietät Christa Eckart-Schanz und Dr. Rolf Schanz ist am 1. September 2006 Frau Claudia Behrendt ZFA in der Praxis Martin Frerichs

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.

ES SIND VERSTORBEN

25.05.2006 Gerd Fischer
geboren 16. Mai 1913

12.06.2006 Ernst Winkler
geboren 24. Februar 1913

15.06.2006 Hans-Heinrich Wraage
geboren 04. April 1930

07.07.2006 Dr. Martin Schwieger
geboren 28. Mai 1932

16.07.2006 Dr. Gerhard Brandt
geboren 03. September 1951

18.07.2006 Dr. Hans-Jürgen Dassau
geboren 07. September 1921

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Zahnärztekammer Hamburg und
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg.

Anzeige

GEBURTSTAGE

Wir gratulieren im September zum ...

90. Geburtstag
am 19. Dr. Rudolf Liepe

85. Geburtstag
am 22. Reinhard Max Linfelt

80. Geburtstag
am 13. Friedrich-August Schwien

75. Geburtstag
am 12. Dr. Karl-Ernst Ridderbusch
am 13. Hermann Niemann

70. Geburtstag
am 06. Dr. Peter Kitowski
am 13. Dr. Astrid Pohle
am 22. Dr. Peter Meilike

65. Geburtstag
am 07. Georg Thiele
am 13. Dr. Gisela Staack
am 20. Dr. Annette Delling
am 27. Dr. Frauke Tenzer

60. Geburtstag
am 03. Ursula Wirthmann-Schlichting
am 05. Dr. Reinhart Menzel
am 07. Dr. Ulrich Seibicke
am 10. Dr./IMF Bukarest Julian Barcaru
am 21. Dr. Ingo Jung
am 22. Danuta Wielgus
am 26. Dr. Carsten Bahr
am 30. Dr. Horst Behring

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.

**Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihres besonderen
Geburtstages nicht wünschen, informieren Sie uns bitte
rechtzeitig unter 040/73 34 05-14.
Sollte Ihnen die Adresse für eine Geburtstagsgratulation
nicht bekannt sein, leitet die Zahnärztekammer
sie gerne weiter. Zahnärztekammer Hamburg,
Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg.**